

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Marl

Claudia Fleisch
Fraktionsvorsitzende

Bernd Hübner
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Creiler Platz 1
45768 Marl

Raum: 14

Tel.: 0 23 65 / 99-2639

ratsfraktion@dielinke-marl.de
www.dielinke-marl.de

Marl, den 20.Mai 2010

Haushaltsrede 2010 von Claudia Fleisch, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Eingangs meiner ersten Haushaltrede für die LINKE muss ich leider die grundsätzliche Feststellung machen, dass die finanzielle Situation in Marl nicht schlecht ist – sie ist katastrophal!

Nach unserer Auffassung ist die Stadt Marl für ihre Haushaltsmisere am wenigsten verantwortlich. Diese Misere wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise noch verschärft aber nicht verursacht.

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist eine einseitige Steuerpolitik der Regierungen zu Lasten der Kommunen seit mehr als 10 Jahren.

Alle waren sie daran beteiligt - von Rot-Grün bis hin zu Schwarz-Gelb.

Die Folgen sind eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliardenverluste für die Kommunen.

Die permanente Übertragung von Leistungen durch Bund und Land ohne Ausstattung von Finanzmitteln bedeutet für die Stadt Marl explodierende Kosten bei den Hilfen zur Erziehung, bei den Kosten der Unterkunft (Hartz IV), sowie bei der Eingliederungshilfe für Behinderte. Auch das KiBiz trug zur finanziellen Schieflage bei. Hinzu kommt für die Stadt Marl noch die extreme Erhöhung der Kreisumlage, der Solidarbeitrag sowie das Wegbrechen der Gewerbesteuern.

Ich muss feststellen, dass sowohl der Bund als auch das Land eklatant gegen das Grundgesetz Artikel 28 Abs. 2 sowie gegen die Landesverfassung NRW Artikel 78 verstoßen.

Im Grundgesetz heißt es: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“ – und das bedeutet auch, den Gemeinden keine Lasten auferlegen, die sie nicht schultern können.

Die kommunale Selbstverwaltung räumt den Kommunen das Recht ein, über ihre Einnahmen und Ausgaben eigenverantwortlich zu entscheiden. Anstatt die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten, lässt man die Kommunen mit den übertragenen Aufgaben im Regen stehen. Stattdessen heißt es: SPAREN, SPAREN, SPAREN.

Ich habe noch gelernt, dass man nur sparen kann, wenn noch etwas übrig ist. In Marl ist schon lange nichts mehr übrig. Deshalb läuft alles nicht aufs Sparen, sondern aufs Streichen hinaus. Das Streichen geht heute schon an die Substanz. Und selbst wenn die freiwilligen Leistungen dramatisch zusammengestrichen werden, löst das die Probleme der Stadt Marl nicht.

Meine Vorgängerin Klara Heim hat in den letzten Jahren oft genug in ihren Haushaltsreden vor der jetzigen finanziellen Situation gewarnt. Wir denken, es ist an der Zeit, dass die Gemeindevertretungen sich konsequenter als bisher auf den Weg nach Düsseldorf und nach Berlin machen, um den Entscheidungsträgern ordentlich auf die Füße zu treten!

Es hilft uns nur der massive Druck der notleidenden Städte, sonst geht die Reform der Gemeindefinanzen aus wie das Hornberger Schießen.

Dazu ein Zitat aus dem ersten Protokoll der Gemeindefinanzkommission. „ Es könnte befürchtet werden, dass der Bund bereits einen Entwurf des Abschlussberichts verfasst, während sich die Länder- und Kommunalvertreter in Arbeitsgruppen abarbeiten. „ Zitat Ende.

Die LINKE. fordert ein verbindliches Mitwirkungsrecht der Kommunen bei der Ausstattung mit Finanzmitteln und bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und Verordnungen, die kommunal relevant sind.

DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, die Gewerbesteuer als wichtigste Finanzquelle der Städte und Gemeinden zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterzuentwickeln. Dieses schließt die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen – Selbstständige, wie Ärzte und Anwälte, aber auch freie Berufe bei hinreichenden Freibeträgen für prekär Selbstständige – mit ein.

DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahme die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an den Bund abzuschaffen und bis 2013 schrittweise die Gewerbesteuerumlage an die Länder abzubauen, damit den Gemeinden ihre Einnahmen in Gänze zustehen.

Darüber hinaus benötigen wir ein drittes Konjunkturprogramm des Bundes zur Förderung kommunaler Investitionen. Wenn wir unser Rathaus ansehen, wissen wir wie nötig so ein Programm für Marl ist. Und das ist nur ein Punkt von Vielen auf der Investitionsstauliste.

In ähnlicher Situation erhalten Banken und der griechische Staat weitaus höhere Milliardenbürgschaften während die Kommunen allein gelassen werden.

Wo bleibt der Rettungsschirm für die Kommunen?

Stattdessen treibt man unsere Stadt zu Verzweiflungstaten die bizarre Formen annehmen. Um gegenüber dem Regierungspräsidenten einen guten Willen zu bekunden will die Stadt Marl pro Jahr fünf Millionen Euro aus dem Etat streichen. Aber wo?

Einige Vorschläge der Aufgabenkritik liegen auf dem Tisch. Wenn ich dort lese, z. B.

- Schulmilch für Bedürftige streichen
- Streichung des Anti-Rassimus-Tages
- Abschaffung des MaKiBu

kann ich das nur noch als eine Ohnmacht der Kommune verstehen. Mit Verlaub - das sind Peanuts, die der Stadt Marl drastisch schaden. Dieser Ohnmacht werden wir uns nicht anschließen. Die Kommune wurde bewusst handlungsunfähig gemacht und kann ohne schnelle Hilfe von außen nicht mehr agieren. Ein wenig erinnert das Szenario an die unsinkbare Titanic, die den Eisberg bereits gerammt hat und dem Untergang entgegenfiebert. Jetzt wird eiligst der Maat entlassen und die Schiffsglocke über Bord geworfen um das Schiff zu retten.

Nur wirklich helfen wird es wohl nicht.

Der vorgelegte Haushalt ist jetzt schon Makulatur. Deshalb werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Claudia Fleisch